

Jost Aé
Rudolf – Petershagen – Allee 11
147 89 Greifswald

7. 3. 2002

Hansestadt Greifswald
An den
Oberbürgermeister
Herrn Dr. Arthur König

Sehr geehrter Herr Dr. König,

erlauben Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf den Vorgang „Grimmer Straße 2“ zu lenken.

Nachdem ich durch Herrn F.Hacker, den ich persönlich gut kenne, über den Gang der Ereignisse und den Stand der Dinge informiert wurde und mit dem Liegenschaftsamt und Ihrer Stellvertreterin, Frau Dönig – Poppensiecker, telefoniert habe, hat sich bei mir der Eindruck erhärtet, dass die Sache relativ verfahren ist, und dass es einer gewissen Anstrengung bedarf, eine Lösung zu finden, die für alle Seiten erfreulich ist. Dass dies möglich ist, davon bin ich überzeugt, allerdings wird es sie ohne Ihre Unterstützung kaum geben!

Mir scheint, dass Eigeninteresse der Verwaltung, Prinzipientreue, zu kurz greifende Argumente, Befürchtungen, angeblicher Bürgerwille, hochgerechnete schlechte Erfahrungen und Prestigefragen bei der Grundsatzentscheidung zur Grimmer Straße 2 federführend waren. Ich vermute aber auch, dass die Komplexität der Angelegenheit und die Widersprüche, in die sich die Verwaltung selbst schon begeben hat, vor der Entscheidungsfindung nicht ausreichend dargestellt wurden.

Es wird nie gut, wenn Verwaltung nur darauf bedacht ist, formal richtig zu entscheiden, keine Fehler zu machen. Natürlich muss sie auch dies beherrschen, aber leider wird am Ende sie selbst durch diesen Gedanken beherrscht. Damit Verwaltung auch gestalten kann, muss sie fähig sein, Spielräume für Entscheidungen aufzuspüren. Man erlebt zu oft, dass Anliegen von Bürgern, Ideen etc. bei ihrer Konfrontation mit Verwaltung fast reflexartig negativ geprüft werden. Das ist auch verständlich, ist es ja tatsächlich die verwaltungsmäßig effektivste Lösung, nachzuweisen, warum etwas nicht möglich ist. Doch dem muss man steuern. Verwaltung sollte darin bestärkt werden, immer wieder auch kreativ zu sein und nicht rein restriktiv.

Beim Vorgang Grimmer Straße wurde m. E. gleich zu Anfang die Weichen falsch gestellt.

Ungenutzter Wohnraum ist immer ein Skandalon und Leerstand ein Indiz für gesellschaftlichen Missstand. Sensibilisiert dafür sind Wohnungssuchende; und für junge Leute, die eigene Vorstellungen von Lebensgestaltung haben ist er ein Objekt ihrer Fantasie und Begehrlichkeit.

Hier hätte gleich gut recherchiert und entschieden werden können.

Die Angelegenheit Grimmer Straße 2 stellt sich kurz so dar:

Ein von der Stadt zum Abriss angekauftes Haus wird von zwei Mietparteien bewohnt.

Teile weiteren nach Willen der Stadtverwaltung leerstehenden Wohnraums werden von jungen Leuten nach und nach bezogen - ohne Mietvertrag - , nachdem dem ersten Antragsteller ein solcher verweigert wurde. Dies erfreut die dort rechtmäßigen Mieter. Jeder weiß, dass jede nicht bewohnte Wohnung für die übrigen eine Belastung ist. Es gibt keine Beschwerden aus der Umgebung, es entfaltet sich ein gutes Wohn- und Lebensklima mit kultureller Ausstrahlung nach außen.

Werterhaltungsmaßnahmen werden selbst getragen. Die Stadtverwaltung, der dies alles nicht entgangen sein kann, ignoriert das Treiben - so jedenfalls kann man es interpretieren, wenn man nicht Nichtwissen unterstellen will, was wiederum auch nicht schmeichelhaft wäre.

Nun, seit Februar, besinnt man sich anders. Jetzt betont man den Status der Rechtswidrigkeit, und, dies einmal verwaltungsintern thematisiert, es sollen Konsequenzen gezogen werden, wo sich längst eine eigene spontane lebensfreundliche Ordnung jenseits von Verwaltungswirklichkeit entwickelt hat.

Recht und Ordnung existieren nicht nur dort, wo Verwaltung sie legitimiert. In Wirklichkeit ist Verwaltung selbst erst eigentlich legitimiert, wo sie Humanem zu seinem Recht verhilft. Wo Verwaltung dem Leben dient und nicht Leben Bedürfnissen von Verwaltung untergeordnet wird. Dies ist ein altes Thema.

Verwaltung wird dort als wohltätig empfunden, wo die Tendenz der Lebensfreundlichkeit überwiegt.

Diese Tendenz zu stärken, dazu sind Sie, Herr Dr. König, in dieser Stadt berufen worden und nun ausdrücklich aufgerufen!

Sie haben die Souveränität und die Autorität, Ihre Mitarbeiter zu überzeugen, Lösungsmöglichkeiten für die „Grimmer Straße“ zu suchen und zu finden die dieser Tendenz gerecht werden.

Die jungen Leute haben ein Interesse, und dafür haben nicht Wenige in Greifswald Verständnis, für ihren Lebensraum zu kämpfen, den sie sich geschaffen haben. Es wäre schön, wenn dies nicht gegen die Verwaltung sein müsste.

Sie haben vor, wenn keine positiven Signale mehr von der Verwaltung ausgehen, sich an die Bürgerschaft zu wenden. Ich mache mir über eventuelle Abstimmungsergebnisse keine Illusionen. Die restriktive Vorgehensweise der Verwaltung würde sicher gedeckt werden! Aber ich hielte es nicht für gut.

Enttäuschungen, die auf diese unnötige Weise in einer ohnehin nicht an Optimismus gesättigten Stadt erzeugt werden, können wir m. E. nicht gebrauchen. Die Stadt würde mehr verlieren als gewinnen.

Deshalb habe ich die jungen Leute gebeten, ihrer Petition noch nicht *die* Öffentlichkeit zu geben, die sie nach Verteilung an die Bürgerschaft bekäme; und ich habe ihnen gleichzeitig versprochen, einen Versuch zu machen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel einen modus vivendi für die Leute in der Grimmer Straße zu finden, und gleichzeitig ein Ergebnis, das sich auch der Verwaltung als akzeptabel darstellte.

Sehr geehrter Herr Dr. König, ich wäre ihnen sehr verbunden, mit Ihnen darüber kurz sprechen zu können. Auch Andere stünden, wenn erforderlich, dafür zur Verfügung. Leider ist in Hinblick auf den nahen Bürgerschaftstermin eine gewisse Eile geboten!

Mit freundlichen Grüßen –

Jost Aé